

Stand: 01.03.2020 17:11:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4305

"Zusammenhalt der 27 - Rückführungsfonds gründen!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/4305 vom 22.10.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4384 vom 23.10.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 23.10.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Zusammenhalt der 27 – Rückführungsfonds gründen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene ein Fonds gegründet wird, der zur Zielsetzung hat

1. die Rückführungsbemühungen der Mitgliedstaaten bezüglich illegaler und krimineller Migranten finanziell und strukturell zu fördern;
2. in den Herkunftsländern illegaler und krimineller Migranten Strukturen zu fördern, die diese Länder in die Lage versetzen, europäische Abschiebebemühungen signifikant zu unterstützen;
3. die Bemühungen der Mitgliedstaaten illegale Migration zu verhindern finanziell zu fördern.

Begründung:

Die bisherige Politik der EU fördert die Integrations- und Migrationsbemühungen, unabhängig vom rechtlichen Status der Migranten. Wir brauchen daher nichts anderes als eine 180 Gradwende, um die soziale und wirtschaftliche Stabilität innerhalb der EU zu garantieren. Mitgliedstaaten, die ihre Grenzen schützen und illegale Migranten rückführen wollen, müssen daher konsequent unterstützt werden.

Die Kultur der moralischen Überheblichkeit, mit welcher die Mitgliedstaaten der EU zur Aufnahme von sogenannten Flüchtlingen gezwungen werden sollen, lehnen wir ab. Häufig als „Europäische Lösung“ benannte Vorstöße entpuppten sich bei genauerer Betrachtung als ideologische Auswüchse einer globalistischen Klasse, die nicht einmal innerhalb der Regierungen der EU mehrheitsfähig sind.

Dies zeigt sich auch immer wieder in Umfragen, in denen sich die Mehrheit der Deutschen für eine härtere Vorgehensweise gegen illegale Migranten ausspricht. Die Politiker haben sich als Volksvertreter zu verstehen und dem Souverän zu dienen, weswegen eine verbindliche Vorgehensweise auf EU-Ebene forciert werden muss.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/4305

Zusammenhalt der 27 – Rückführungsfonds gründen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Böhm

Abg. Karl Straub

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Zusammenhalt der 27 - Rückführungsfonds gründen! (Drs. 18/4305)

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In der EU gibt es eine Unzahl verschiedener mehr oder weniger sinnvoller Fonds, deren Volumen auszuhandeln Auftrag der neuen Kommission ist, an deren Konstitution Frau von der Leyen gerade kläglich scheitert. Es gibt den ESF, den EU-Sozialfonds, der im auslaufenden mehrjährigen Finanzrahmen, kurz MFR, ohne Eigenleistung der Staaten 75 Milliarden Euro an Transfer verursachte. In Deutschland hatte er in dem siebenjährigen MFR-Zeitraum etwa 0,5 Millionen Nutznießer, jeder Zweite von ihnen mit Migrationshintergrund.

Es gibt außerdem den AMIF, den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds. Er, bisher 3 Milliarden Euro schwer, soll im nächsten MFR auf 10,4 Milliarden Euro aufgebläht werden. Wir sprechen hier nicht nur von Kofinanzierung, sondern von bis zu 100 % Kostenübernahme bei einzelnen Projekten. Ein Blick auf die Seiten des BAMF erhellt die Tatsache, dass mittels AMIF auch Rückführungen gefördert werden könnten. Das beantragt nur niemand. Warum? – Weil sich Kirchen, NGOs und Wohlfahrtsverbände schämen, solche Anträge zu stellen. Hier hat der umgreifende Meinungstotalitarismus schon Erfolg. Keiner mag das Schmuttelkind sein, mit dem dann keiner mehr spielen will. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Zukunft unseres Vaterlandes und um den Schutz unserer deutschen und europäischen Leitkultur geht, dann müssen wir auch einmal Schmuttelkinder sein. Wir von der AfD nehmen das Wort "Rückführung" nicht nur gerne in den Mund, wir fordern Rückführung auch bei dieser EU ein,

(Beifall bei der AfD)

und wenn es das letzte Sinnstiftende ist, was diese EU für das wahre Europa, unser Europa der Vaterländer, tun kann.

(Widerspruch der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Rolle des Schmuddelkinds erfüllen Sie in diesem Hause großartig, wenn das Ihr Anspruch ist! Großartig!)

– Lieber Herr Kollege, Ihr Sarkasmus ist nicht mehr zu überbieten, aber damit werden Sie nicht allzu weit kommen. Danke. Und Ihre Schreierei macht es auch nicht besser!

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Investition taugt nur, wenn sie Hebel nutzt, um ein redliches Maß an Rendite zu erwirtschaften. Die genannten EU-Fonds taugen nur, um die Grundfesten unserer Gesellschaft auszuhebeln, da sie Migrationsbeförderer sind und der EU dazu dienen, ihre multikulturalistische Haltung gegen die Interessen der Bürger vieler Nationalstaaten durchzusetzen.

Unkluge Politiker ziehen mit falscher und teurer Förderung Migranten an wie ein Magnet die Nägel. Kluge Politiker nehmen Geld in die Hand, um die Rückführung zu fördern, heben damit Spareffekte und schonen so unsere Sozialkassen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es geht um Menschen, nicht um Nägel!)

Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Gründung eines EU-Rückführungsfonds einzusetzen. Die Völker müssen sich gegen die Interessen einer von Merkel und Macron verkörperten globalistischen Klasse durchsetzen.

(Beifall bei der AfD)

75 Milliarden Euro ESF-Transferleistungen und 11 Milliarden Euro AMIF-Mittel ergeben in Summe 86 Milliarden Euro, die in den nächsten sieben Jahren mit unserem Rückführungsfonds wesentlich besser einzusetzen wären, um EU-weite Rückfüh-

rungsprojekte zu fördern, um Herkunftsländer zu ertüchtigen, die europäischen Abschiebungsbemühungen signifikant zu unterstützen, sowie die Staaten zu fördern, die für und im Sinne der Gemeinschaft illegale Migration verhindern.

Unterstützen Sie unseren Antrag; denn unser Europa der Vaterländer hat es verdient, eine Festung zu sein, eine Festung gegen Drogen, gegen Clan-Kriminalität, gegen Sozialplünderung und gegen ein archaisches Frauen- und Familienbild. Nur unser Rückführungsfonds ist geeignet, die EU zurück auf den richtigen, den rechten Weg zu bringen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

– Liebe Kollegin, nicht nur reinschreien, sondern Zwischenfragen stellen! Wir stehen nicht auf der gleichen Stufe des Intellekts, sodass wir uns duellieren könnten. Da fehlt es nämlich bei Ihnen!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Karl Straub, CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen mit Nägeln in Verbindung zu bringen, halte ich wieder einmal für unerträglich. Die AfD stellt den Anspruch, dass wir hier Schmuddelkinder sein sollten. Ich glaube, der Rest des Parlaments will diesen Anspruch nicht erfüllen. Sie erfüllen den Anspruch, Schmuddelkinder zu sein, schon lange.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Einfach gesagt, was Sie fordern, gibt es bereits seit 2007. Bereits im Jahr 2007 haben das EU-Parlament und der EU-Rat einen Rückkehrfonds eingerichtet. 2014 wurde die Struktur von ursprünglich vier Säulen auf zwei Säulen reduziert. Damals wurden der Asyl- und Migrationsfonds, der sogenannte AMIF, und der Fonds für Innere Sicherheit

ins Leben gerufen. Der Europäische Rückkehrfonds ist dabei im Asyl- und Migrationsfonds aufgegangen.

Was macht der Asyl- und Migrationsfonds? – Der AMIF stellt auf eine integrierte Migrationssteuerung und die gesamte Bandbreite der gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik der EU ab. Er stellt daher auch die Förderung von Maßnahmen der zwangsweisen Rückführung von vollziehbar zur Ausreise verpflichteten Drittstaatsangehörigen sicher. Hierzu gehört insbesondere die Förderung wirksamer Rückkehrstrategien in den Mitgliedstaaten als Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung mit besonderem Schwerpunkt auf einer dauerhaften Rückkehr und wirksamen Rückübernahme in Herkunfts- und Transitländer.

Mein Fazit: Für die Gründung eines weiteren EU-Rückkehrfonds besteht kein Bedarf. Seit 2007 besteht ein solcher Fonds. Deshalb ist der Dringlichkeitsantrag der AfD abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Florian Siekmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Zusammenhalt der 27" – Nun verkauft sich die AfD also als Vorreiter für den Zusammenhalt der Europäischen Union und ihrer noch 28 Mitgliedstaaten. Angesichts der ganzen Anträge, die Sie im letzten Jahr in den Europaausschuss eingebracht haben, hat mich das schon verwundert. Die Liste Ihrer Taten für den Zusammenhalt der EU liest sich wie folgt:

Erstens. Sie wollen den Europäischen Sozialfonds abwickeln, den Fonds, der Menschen europaweit in Arbeit bringt, Inklusion fördert, Armut bekämpft und Investitionen in Bildung, Ausbildung und berufliche Bildung ermöglicht. Auch Bayern profitiert mit

300 Millionen Euro im Förderzeitraum. Das vergessen Sie immer gerne. Ist das Ihr Verständnis von Zusammenhalt, genau die Mittel zu streichen, die insbesondere für benachteiligte Jugendliche, gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose gedacht sind? Ihre Vorschläge halten die europäische Gesellschaft nicht zusammen, sie treiben sie bloß auseinander.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

– Da können Sie noch so viel schreien!

Zweitens. Sie haben beantragt, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Arbeitszeiterfassung einfach nicht umzusetzen. Das ist verfassungswidrig! Ein Schlüssel für den Zusammenhalt in der EU war es immer, die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren und in diesem Fall auch über das Geschrei der Rechten zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben mit Ihrem Antrag eine höchstrichterliche Entscheidung missachtet. Ist das Ihr Verständnis von Zusammenhalt in Europa, dass wir künftig die europäischen Gerichte ignorieren sollen? Mit Ihrem Antrag haben Sie bloß versucht, die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zu untergraben.

Drittens. Sie fordern auf Bundesebene, die Finanzierung der Europäischen Union auf 0,2 % des BIPs der Mitgliedstaaten zu reduzieren. Wo soll denn das Geld für Ihren geplanten Rückkehrfonds herkommen? Ihre Politik ist finanziell unausgegoren und im Kern europafeindlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist genau umgekehrt!)

Wir GRÜNEN wollen, im Gegensatz zu Ihnen, bei den Themen Flucht und Migration zu tragfähigen europäischen Lösungen kommen. Dafür braucht es keinen zusätzlichen Rückkehrfonds, sondern endlich eine gemeinsame europäische Asylpolitik,

die diesen Namen auch verdient, eine Politik, die auf die gerechte Verteilung der Geflüchteten setzt und Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union nicht alleinlässt. Länder müssen finanziell entlastet werden, wenn sie sich an der gerechten Verteilung beteiligen und für einen menschenwürdigen Umgang garantieren können. Das ist echter europäischer Zusammenhalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mindestens genauso wichtig wie eine gemeinsame Asylpolitik ist, dass Europa endlich welt politikfähig wird. Konflikten müssen wir mit einer aktiven europäischen Außenpolitik begegnen. Für diese gemeinsame Außenpolitik braucht es den Mut, im Rat von der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen. Nur mit einem Europa, das im Inneren zusammenhält, wird es uns gelingen, nach außen Handlungsfähigkeit zu beweisen und schlichtend in all die Konflikte und Krisen einzugreifen, die für Flucht und Vertreibung verantwortlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegen der AfD, wissen Sie, was ich mir gedacht habe, als ich Ihren Antrag gelesen habe? – O mei, o mei, o mei! Herr Böhm, ja, ich habe ihn gelesen. Ich habe Ihnen auch zugehört. Der Antrag ist ein Schmarrn. Was Sie vorhin in den Saal gebrüllt haben, ist kein Beitrag, der uns hilft, ein Problem zu lösen. Sie bringen nur Plattitüden und keine Lösungen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Der Antrag ist ein Beitrag zur Lösung!)

Das ist sehr schade, da wir eine lösungsorientierte Politik brauchen. Wir machen diese. Von Ihrer Seite kommt dazu gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie widersprechen sich auch in Ihrer Begründung. Sie selber haben den AMIF angeführt. Ich könnte diesen ergänzen um den ISF, den Fonds für Innere Sicherheit, der in diesem Bereich ebenfalls unterstützend wirkt.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wie wirkt er denn?)

In den letzten sieben Jahren haben wir sieben Milliarden Euro eingesetzt. Seit 14 Jahren gibt es Maßnahmen, die in diese Richtung gehen. Es stimmt einfach nicht, dass es nicht wirke. Die Gelder werden abgerufen. Ich habe heute Morgen bei der Generaldirektion HOME in Brüssel angerufen. Ich kann die Zahlen nennen: Zum Beispiel hat Griechenland mit dem Schwerpunkt Rückführung und Systemstärkung 260 Millionen Euro aus dem AMIF bekommen, Italien 320 Millionen Euro, Ungarn 65 Millionen Euro und Frankreich 219 Millionen Euro. Die Gelder werden also abgerufen und eingesetzt. Das System funktioniert. Ihr Beitrag ist keiner weiteren Rede wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion aufrufen. Lieber Markus Rinderspacher, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige AfD-Antrag ist in mindestens zweierlei Hinsicht unseriös und unsolide: Zum einen fordert die AfD-Fraktion ausgerechnet diejenige politische Ebene zur Bereitstellung von Finanzmitteln auf, die sie selbst abschaffen möchte. Die AfD lehnt das Europäische Parlament und seinen Haushalt grundsätzlich ab. Nun soll genau dieses, aus ihrer Sicht abzuschaffende Parlament einen Beschluss fassen, um Gelder für einen bestimmten politischen Zweck bereitzustellen. Es geht nicht, auf der einen Seite den europäischen Parlamentarismus und die institutionalisierte europäische Demokratie zu

bekämpfen und auf der anderen Seite von ihr Gelder einzufordern. Dem wohnt keine Logik inne.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen beantragt die AfD heute etwas – meine Vorredner haben es bereits gesagt –, das bereits existiert. Sie beantragen einen Rückführungsfonds, den es bereits gibt. Mit Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union vom Sommer 2014 wurde der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds für den Zeitraum 2014 bis 2020 errichtet, kurz AMIF, Verordnung Nummer 516/2014 vom 16. April. Die Gesamtdotierung dieses Fonds betrug damals bereits 2,4 Milliarden Euro, für die Bundesrepublik 208 Millionen Euro. Mittlerweile wurde der Fonds auf über 3 Milliarden Euro angehoben. Dieser Fonds dient auch den Rückführungsmaßnahmen.

Aus dem ganzen Kapitel über Rückführungen nenne ich nur einige Punkte: Schulung des Personals zur Gewährleistung reibungsloser und wirksamer Rückkehrverfahren, Hilfen bei freiwilliger Rückkehr, Abschiebungen und deren Förderung einschließlich diesbezüglicher Maßnahmen im Einklang mit den im Unionsrecht festgelegten Standards. Herr Gotthardt hat es bereits gesagt, für Rückführungen wurden von den Mitgliedstaaten in den letzten Jahren EU-Mittel in Höhe von über einer Milliarde Euro abgerufen. Das sind eine Milliarde Euro aus einem Fonds, den Sie heute fordern, der aber längst existiert.

Deshalb komme ich zum Fazit: Sie fordern einen Fonds, den es bereits gibt. Sie stellen Ihren Antrag also offensichtlich entweder aus Unkenntnis, das ist parlamentarisch in höchstem Maße inkompetent und unsolide, oder Sie verkaufen die Menschen in Bayern einfach für dumm, indem Sie in bewusster Falschdarstellung der Tatsachen insinuierten, es gäbe eine Handlungslücke, die in der Europäischen Union überhaupt nicht existiert.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Beides sind ungute Motive. Beides ist symptomatisch für Ihre Politik. Das ist unsolid und unseriös. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung.
– Herr Böhm, bitte.

Martin Böhm (AfD): Verehrter Kollege Rinderspacher, wenn Sie Ihren Laptop aufklappen, auf die Seiten der Europäischen Union gehen und recherchieren, wie viel Prozent des AMIF tatsächlich für Rückführungen verwendet werden, dann werden all den postkonservativen Kräften, die es hier noch gibt, vermutlich die Tränen kommen. Es werden nämlich keine 10 % für Rückführungen verwendet. Vor diesem Hintergrund widerspreche ich Ihren Worten deutlich. Wir haben selbstverständlich zuvor genau überlegt, was wir fordern. Wir fordern mit einem Rückführungsfonds das, was uns zu unserem Ziel bringt. Wir wollen zu einer sicheren Festung Europa.

(Beifall bei der AfD)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Böhm, was Sie jetzt gesagt haben, stimmt nicht. Wenn Sie in Ihrem Antrag wenigstens eine Erhöhung der Mittel innerhalb der Europäischen Union gefordert hätten, dann wäre er wenigstens seriös gewesen. Sie aber haben so getan, als würde dieser Fonds gar nicht existieren. Er existiert aber. Er umfasst drei Milliarden Euro. Ein knappes Drittel der Gelder wurde für Rückführungen bereits bereitgestellt. Sie führen also ganz offensichtlich die Menschen in unserem Land in die Irre. Sie wissen es eigentlich besser, als es in Ihrem Antrag steht. Sie wissen, dass es bereits einen solchen Fonds gibt. Sie wissen auch, dass er die Gelder in die Europäische Union ausbezahlt. Aber Sie arbeiten wie immer mit Ihrer Sündenbockpolitik, wonach es die Verantwortlichen in Brüssel nicht können würden. Das ist nicht in Ordnung. Das ist unsolid. Das ist unseriös. Das zeugt von Unkenntnis, Inkompetenz und einer Art und Weise, die europäische Demokratie anzugreifen, wie es in diesem Hohen Haus nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Pure Polemik!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident! Mein Vorredner, der geschätzte Kollege Rinderspacher, hat den Antrag der AfD bereits kenntnisreich und sachgerecht zerpfückt. Mir bleibt nur noch zu ergänzen, dass selbst die Interpunktion lausig ist. Ich verweise auf den letzten Bullet Point; dem hätten ein paar Kommata gutgetan.

(Heiterkeit bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

In Anbetracht der Tatsache, dass meine Fraktion noch vier Minuten Redezeit hat, ein Antrag zur Lebensmittelsicherheit ansteht und mein Kollege Kaltenhauser bestimmt einiges zu sagen hat, belasse ich es dabei. Wir lehnen natürlich ab.

(Beifall bei der FDP, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/4305 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.